

Margrit Hahn – Mo., 17. Oktober 2016 18:50 – Ohne Titel

MASTER: Die Lüdersdorfer atmen auf

Die meisten Lüdersdorfer haben schon einen Teil des Geldes auf ihren Konten. Im Juli wurde am Verwaltungsgericht Potsdam entschieden, dass die 82 Altanschießer aus Lüdersdorf ihre an den Wasser- und Abwasserzweckverband KMS Zossen gezahlten Kanalanschlussbeiträge zurückerhalten. Damit ist ein jahrelanger Kampf zu Ende. 2011 steckten die ersten Beitragsbescheide des Wasserverbandes in den Briefkästen mit zum Teil Forderungen von 20000 Euro und mehr. Viele haben gezahlt, um nicht gepfändet zu werden. Allerdings sind die meisten Lüdersdorfer gleich in Widerspruch gegangen. Lüdersdorf war bereits 1990 weitgehend ans Wasser- und Abwassernetz angeschlossen, zumeist in Eigeninitiative der Bürger. Deshalb wurden die Bescheide als willkürliches Abkassieren angesehen.

Den Glauben an den Staat verloren

„Wir hatten fünf Jahre lang Existenzangst. Wir wussten nicht, wie es ausgehen würde und ob wir das Geld wiederbekommen“, sagt Verena Susnik. Sie und ihre Familie hatten 1999 den Hof gekauft. Nun sollten sie innerhalb eines Monats mehrere Tausend Euro zahlen. „Wir hatten in Deutschland immer eine gewisse Sicherheit, die war plötzlich weg und wir haben den Glauben an den Staat verloren“, so die Lüdersdorferin.

Auf der einen Seite freut sie sich, dass sie einen Teil des Geldes zurückbekommen hat, der dringend für den Ausbau des Dachbodens benötigt wird. Auf der anderen Seite kann sie die Verzweiflung der vergangenen Jahre nicht einfach abschütteln. Die Familie musste auf vieles verzichten. Aber sie ist froh, dass die Anwältin Eva Sondermann und der Lüdersdorfer Ortsvorsteher Dietmar Ertel so gekämpft haben. Auch Christel Böhme ist froh, dass es gut ausgegangen ist. Die 83-Jährige kann bis heute nicht verstehen, dass sie zahlen musste – auch wenn es bei ihr nicht so eine hohe Summe war, wie bei den anderen Lüdersdorfern. „Ich hatte das Geld als Altersvorsorge angelegt.“

Auch die Zinsen einklagen

Ralf Lengert will sich nicht mit den erstatteten Beiträgen zufrieden geben, sondern fordert im Namen aller Lüdersdorfer Altanschießer auch die Zinsen zurück. Der KMS hatte von denen, die entweder in Raten oder nicht sofort zahlen konnten einen Säumniszuschlag von 0,5 Prozent pro Monat erhoben. Das wollen die Lüdersdorfer zurück. Der Richter am Verwaltungsgericht hat zugelassen, die Rückforderung der Zinsen als Sammelklage zuzulassen. „Ich empfinde den Sieg in Lüdersdorf fast wie die Völkerschlacht in Großbeeren“, stellt Lengert lachend fest. Ortsvorsteher Dietmar Ertel (AfD) ist stolz auf seine Lüdersdorfer, die sich in so breiter Masse dem Unrecht entgegenstellt haben. „Jede Klage war mit einem Risiko und finanziellen Belastungen verbunden“, so Ertel.